

Niederschrift

über die 46. Tagung des Wirtschafts- und Finanzausschusses der Stadt Haldensleben am 16.10.2012, von 17:00 Uhr bis 18:25 Uhr

Ort: im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Kleiner Beratungsraum (Zimmer 123)

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 04.09.2012
4. Vorstellung des Haushaltsplanentwurfes der Stadt Haldensleben für das Haushaltsjahr 2013
5. Mitteilungen
6. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil

7. Evtl. Einwendungen gegen den nichtöffentlichen Teil der Niederschriften über die Tagungen am 04.09.2012 und 09.10.2012
8. Grundstücksangelegenheit
Vorlage: 070-H(V.)/2012
9. Mitteilungen
10. Anfragen und Anregungen

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt sind 4 Mitglieder des Ausschusses und die sachkundigen Einwohner Herr Scholtz und Herr Schiefer anwesend; Herr Hoffmann hatte sich entschuldigt. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt; damit wird die Tagesordnung entsprechend der Einladung abgehandelt.

zu TOP 3 Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 04.09.2012

Zum öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 04.09.2012 bestehen keine Einwände.

zu TOP 4 Vorstellung des Haushaltsplanentwurfes der Stadt Haldensleben für das Haushaltsjahr 2013

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher an, dass der Haushaltsplanentwurf 2013 den Stadträten seit 02. Oktober vorliegt und in einigen Ausschüssen und zum Teil auch schon in den Ortsräten vorgestellt und dis

kutiert wurde. Bevor er Frau Wendler das Wort erteilt, um den Haushalt 2013 vorzustellen, möchte er Frau Wendler einen Dank dafür aussprechen, dass es der Verwaltung gelungen ist, einen ausgeglichenen Haushaltsplan aufzustellen.

(Stadtrat Ralf W. Neuzerling kommt hinzu – 5 Ausschussmitglieder anwesend.)

Voraus schicken möchte Amtsleiterin Wendler, dass es der Verwaltung nicht einfach fiel, den Haushaltsplan auszugleichen. Das habe sehr viel Kraft und Mühe gekostet. Frau Wendler geht sodann in einer Kurzzusammenfassung auf den vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2013 ein.

(gegen 17.30 Uhr kommt Stadtrat Tim Teßmann hinzu – 6 Ausschussmitglieder anwesend.)

Von Seiten der Ausschussmitglieder gibt es zu den Ausführungen von Amtsleiterin Wendler folgende Fragen:

Stadträtin Regina Blenkle bittet noch einmal zu erläutern, warum sich bei der Position Grundschule Erich Kästner – Schulgebäude ein Minus ergibt.

Amtsleiterin Wendler antwortet, dass die Stadt bei dieser Maßnahme in Vorleistung gehen musste (bereits 2012 ein Ansatz mit einer Ausgabe enthalten). Der Ansatz 2012 fehle bei der gezeigten Folie.

Es handelt sich also um keinen Überschuss, hinterfragt **Stadtrat Ralf W. Neuzerling**.

Amtsleiterin Wendler erwähnt, dass bei der Folie lediglich die Haushaltsjahre 2013 und 2014 betrachtet wurden. Die Summen schlagen in den Jahren so zu Buche, d.h. in dem Jahr sei eigentlich ein Überschuss zu verzeichnen, aber nur weil die Stadt vorfinanzieren musste. Auf der Seite 357 des Haushaltsplanentwurfes sei zu sehen, dass die Stadt in Vorleistung gehen musste.

Herr Schiefer interessiert als Elternvertreter, welche Maßnahmen in diesem Jahr für 500.000 € an der GS Erich Kästner umgesetzt wurden außer Planungsleistungen.

Abt.-Leiter Waldmann erklärt, dass die 500.000 € schon 2011 geplant wurden; dafür werden Planungsleistungen erbracht, aber nicht in der Höhe.

Wenn noch keine Maßnahmen realisiert wurden, so **Stadtrat Ralf W. Neuzerling**, dann könne eigentlich auch nichts vorfinanziert worden sein.

Dies hänge mit der Fördermittelbeantragung zusammen, merkt **Amtsleiterin Engel** an. Die Kommune müsse bei Beantragung von Fördermitteln nachweisen, dass die Baumaßnahme bzw. die Eigenmittel im Haushaltsplan eingestellt sind. Wenn kein Geld zur Verfügung steht, bewilligt der Fördermittelgeber auch keine Fördermittel.

Stadträtin Regina Blenkle würde sich wünschen, dass auch die Alsteinstraße zwischen dem Gymnasium und der Seniorenwohnanlage mit im Haushaltsplan 2013 eingestellt wird. Vielleicht könne auch hier eine Vorfinanzierung erfolgen. Der Gehweg ist in einem schlechten Zustand und dort wohnen viele ältere Menschen.

Stadträtin Regina Blenkle kommt auf die Investitionsmaßnahmen der Ortsteile zu sprechen. Im letzten Bauausschuss war aus dem Ortsteil Hundisburg Herr Michal Pekok anwesend, der einige Kritiken im Zusammenhang mit der Garbebrücke geäußert hatte. Nach Auffassung von Herrn Pekok gebe es gravierendere und wichtigere Maßnahmen. Kritisiert habe er auch, dass der Park mit dem Wege- und Brückenbau mehr oder weniger ein Eigenleben führt; ihm sei gesagt worden, das hätte mit der Gemeinde bzw. dem Ortsteil nichts zu tun. Das dürfte nach Auffassung von Stadträtin Blenkle nicht ganz richtig sein, weil auch diese Gelder aus dem städtischen Haushalt kommen und die Stadt hier schon eine Entscheidung mit zu treffen hätte. Von Herrn Franz würde sie gern einmal wissen wollen, wie er das aus Sicht als Ortsbürgermeister sieht, welche Maßnahmen wären wichtiger umzusetzen? Herr Pekok habe auch die Brücke in der Rosa-Luxemburg-Straße angesprochen.

Ortsbürgermeister Franz teilt mit, dass die Brücke in der Rosa-Luxemburg-Straße fertig gestellt ist. Die Brücke in der Straße Eiche ist 2014 vorgesehen. Die Brücke im Park am Schlangenweg ist in Regie des Vereins KulturLandschaft, dort gehen nur Fußgänger und fahren nur Radfahrer drüber, für diese Zwecke sei sie noch in einem guten Zustand. Dort müsste eventuell das Geländer erneuert werden (die Brücke sei im Gesamtkonzept Park, aber nicht im Haushaltsplan enthalten).

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher wisse, dass es in den Ortsteilen eine Prioritätenliste gibt, wo die einzelnen Bau- bzw. Investitionsmaßnahmen aufgeführt sind. Im Ortsteil Hundisburg werde es sicherlich auch eine Prioritätenliste geben.

Für die öffentlichen Brücken gibt es eine Prioritätenliste, so **Ortsbürgermeister Franz**. Die Brücke Rosa-Luxemburg-Straße und die Brücke an der Eiche waren bzw. sind Bestandteil des Haushaltsplanes. Die Erneuerung der Steinbruchwiesenbrücke habe das Land im Rahmen des ländlichen Wegebaus finanziert. Und die Brücke im Park am Schlangenweg sei wie bereits erwähnt im Gesamtkonzept Park enthalten.

Das sei die Kritik von Herrn Pekok gewesen, der das teilweise nicht nachvollziehen kann, erwidert **Stadträtin Regina Blenkle**. Sie würde darum bitten wollen, die Prioritätenliste dem Protokoll beizufügen. **Bürgermeister Eichler** weist darauf hin, dass letztendlich der Ortsrat die Prioritäten festlegt. Insofern hätte sich Herr Pekok an den Ortsrat und nicht an den Bauausschuss wenden müssen. Die Stadt achte darauf, dass solche Dinge nicht von der Stadt entschieden werden, sondern vom Ortsrat.

Zur heutigen weiteren Verfahrensweise bezüglich des Haushaltsplanentwurfes 2013 merkt **Amtsleiterin Wendler** an, dass die Stadträte den Haushaltsplanentwurf Anfang Oktober zusammen mit dem Vorbericht erhalten haben. Im Vorbericht werden die einzelnen Maßnahmen ausführlich erklärt, so dass heute eventuell nur noch der Investitionsplan, sollte es gewünscht sein, gemeinsam durchgegangen werden bräuchte, es können aber auch gezielte Fragen gestellt werden.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher denke nicht, dass es Sinn macht, jede einzelne Position zu erläutern. Der Haushaltsplan liegt den Stadträten schon eine gewisse Zeit vor, so dass sich jeder damit beschäftigen konnte. Von daher sollten die Stadträte, wenn sie Fragen haben, diese stellen.

Stadträtin Regina Blenkle würde schon die größten Positionen der Einzelhaushalte genannt bekommen wollen.

Bürgermeister Eichler erwähnt, dass die Verwaltung dann eigentlich den Stadträten keinen Haushaltsplan mit umfassendem Vorbericht vorlegen bräuchte, wenn heute die einzelnen Positionen erläutert werden sollen. In anderen Kommunen, auch im Landkreis, werde so verfahren, wie das Herr Schumacher eben empfohlen hat. Jeder hat die Unterlagen und wenn sich Fragen ergeben, dann werden diese im Ausschuss gestellt und auch beantwortet. Deswegen sind auch alle Amtsleiter mit anwesend.

Für **Stadtrat Hermann Ortlepp** stelle sich die Frage, wie die Verwaltung es geschafft habe, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen (jetzt sogar mit einem kleinen Überschuss), wohingegen noch vor 2 Sitzungen den Ausschussmitgliedern mit auf dem Weg gegeben wurde, sich Gedanken zu machen, da der Haushalt noch ein großes Defizit aufweise. Er habe bei der Durchsicht des Haushaltsplanes nichts gefunden, was grob von den Vorjahren abweicht. Wie konnte der Haushaltsausgleich hergestellt werden, wurden größere Maßnahmen gestrichen?

Stadtrat Ralf W. Neuzerling möchte sich den Worten von Herrn Ortlepp anschließen; er habe sich bei der Durchsicht des Haushaltsplanes diese Frage auch gestellt.

Dazu möchte **Bürgermeister Eichler** generell einmal etwas sagen. Die Aufstellung des Haushaltsplanes erfolgt so, dass die Ämter nach Notwendigkeit, nach ihrer Einschätzung sagen, welche Maßnahmen in den Haushaltsplan einzustellen wären. In der ersten internen Runde im Frühjahr war die Situation so, dass im Finanzhaushalt ein Defizit von etwas über 4 Mio. € und im Ergebnishaushalt von ca. 1,3 Mio. € zu verzeichnen war. Dann gibt es wiederum interne Runden, in denen darüber diskutiert wird, welche Maßnahmen wirklich notwendig sind, wo die Stadt in der Pflicht ist, etwas zu tun (das hat Vorrang) und auf welche Maßnahmen man noch verzichten könnte, die zu keinem Schaden für die Stadt führen. Die Maßnahmen, die nicht zwingend erforderlich sind, werden dann teilweise in spätere Haushaltsjahre verschoben. Dann ergeben sich noch Verschiebungen aus dem Vorhaben selbst, wo das Land in dem Jahr keine Fördermittel bereit stellen kann. Die Maßnahme werde dann in Gänze verschoben. Wenn kein Geld vorhanden ist, müssen Maßnahme verschoben werden.

Stadträtin Regina Blenkle hinterfragt, welche Maßnahmen verschoben wurden.

Dezernent Otto möchte ein Beispiel anführen, das auch in der Verwaltung sehr umstritten war und zwar die Drehleiter (sehr teures Fahrzeug). Die Drehleiter ist eigentlich von der Abschreibung her 2015 zur Ersetzung vorgesehen gewesen. Dann sei sie abgeschrieben, dann seien auch Reparaturen in bestimmten Bereichen zu erwarten. Auf der anderen Seite wissen alle, dass gerade Feuerwehrfahrzeuge nicht die großen Entfernungen zurücklegen, d.h. das Fahrzeug als solches ist eigentlich in Ordnung. Ein Privater würde nicht auf die Idee kommen, das Fahrzeug zu ersetzen. Die Stadt sei eigentlich aufgefordert, es zu ersetzen. Das Land hat sogar dafür Mittel bereit gestellt. Die Stadt wisse, dass die anfälligen Teile (Hydraulik, Elektronik) auch bei einem Neufahrzeug nach ein paar Jahren schon wieder anfangen, problematisch zu werden. Deshalb habe sich die Verwaltung entschlossen, im nächsten Jahr bei der ohnehin erforderlichen Grundrevision die Bauteile, die anfällig sind, zu erneuern. Das koste ca. 60.000 bis 100.000 €, dann habe die Stadt wieder ein fast neues Fahrzeug, wohingegen man beim Kauf ein neues Fahrzeuges mit Kosten von wenigstens 600.000, 700.000 € rechnen müsste und die Probleme, die er eben geschildert habe, nach 5, 6, 7 Jahren wieder beginnen würden aufzutreten. Das ist so ein plastisches Beispiel, wo man dann eine erhebliche Einsparung erzielt und wo der Nutzen in keinem Verhältnis zu

dem Aufwand stehen würde, wenn man ein neues Fahrzeug anschaffen würde. Das sind mit einem Schlag 400.000 €, die eingespart werden könnten.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher erwähnt, dass es im Haushaltsplan 2012 geplant war, 2013 einen Kredit aufzunehmen. Da der Haushalt jetzt ausgeglichen werden konnte, sei der Kredit entbehrlich. Seine Frage sei, ob es bei der jetzigen günstigen Zinslage nicht besser sei, für 2013 doch einen Kredit aufzunehmen, als Maßnahmen zu streichen oder zu verschieben. Die Zinsen werden sicherlich künftig nicht so stabil bleiben oder weiter sinken.

So würde es ein Privater oder ein Unternehmen machen, erwähnt Bürgermeister Eichler. Ein Unternehmer würde in der zinsgünstigen Phase seine Eigenmittel schonen und einen Kredit aufnehmen. Das dürfe die Kommune nicht. Nach der Gemeindehaushaltsverordnung darf die Kommune nur dann einen Kredit aufnehmen, wenn sie über keine finanziellen Mittel mehr verfügt. Die Kommunalaufsicht prüft und wenn noch Geld vorhanden ist, genehmigt die Kommunalaufsicht keinen Kredit.

Das wisse Ausschussvorsitzender Mario Schumacher auch. Dass der Haushalt ausgeglichen ist, ist gut, aber die Stadt sollte vielleicht auch den Vorteil, den man im Moment von der Finanzlage her hat, nicht „verspielen“. Wurde sich das gut überlegt?

Das Problem sei, so Amtsleiterin Wendler, dass der Haushaltsausgleich in jedem Jahr gegeben sein muss. Das Investitionsvolumen muss ausgewogen sein, dass in jedem Jahr auch wieder Investitionen zum Tragen kommen und der Kredit ist ein nachrangiges Mittel. Die Kommune bekommt nur einen Kredit, wenn sie bedürftig ist.

Nach Auffassung von Dezernent Otto hätte die Stadt nichts gewonnen, wenn sie sich vorzeitig bedürftig machen würden.

Stadträtin Regina Blenke interessiert, was die Sanierung Alsteinstraße im Bereich zwischen Schulstraße und Bahnhofstraße in etwa kosten würde und ob man die Borde vorziehen könnte.

Die Kosten sind im Haushaltsplan veranschlagt, antwortet Herr Waldmann. Für den Abschnitt, den Frau Blenke angesprochen hat, wurde ein Förderantrag (Programm Stadtumbau-Ost oder Soziale Stadt) gestellt. Insofern könne die Stadt nicht in Vorleistung gehen. Würde man die Baumaßnahme in kleinere Teilabschnitte durchführen, würde sie teurer werden. Würde man jetzt nur neue Borde setzen, wäre das technisch schwieriger und um die Hälfte teurer, als würden die Borde in der Gesamtmaßnahme mit erneuert werden.

Stadträtin Regina Blenke könne nicht glauben, dass der Abschnitt deswegen verschoben wurde, weil die Fördermittel dafür nicht bereit stehen. Immer wieder heißt es, dass die Sanierung verschoben werden muss, jetzt soll der Abschnitt sogar erst 2014 realisiert werden.

Bürgermeister Eichler weist darauf hin, dass eine ähnliche Situation bei der Kolonie zu verzeichnen war. Die Kolonie war mindestens genauso schlecht wenn nicht sogar noch schlechter als der Abschnitt der Alsteinstraße, den Frau Blenke präferiert. Die Maßnahme musste auch immer wieder verschoben werden, bis die Zusage vom Land vorlag, dass die Stadt dafür Fördermittel zur Verfügung gestellt bekommt. Erst dann konnte die Maßnahme komplett mit den Stadtwerken, allen Versorgungsträgern, die auch Mittel bereit stellen müssen, realisiert werden. Die Stadt ist in der Verkehrssicherungspflicht, ist verantwortlich dafür, dass die Wege und Straßen in einem begehbaren Zustand gehalten werden. Wenn Reparaturen notwendig sind, dann wird die Stadt tätig, aber die Gesamtmaßnahme müsse so eingetaktet werden, dass sie auch für den Bürger relativ günstig ist, denn in manchen Fällen handelt es sich um eine ausbaupflichtige Maßnahme. Auch die Bornsche Straße hatte über Jahre den gleichen Zustand wie der Bereich in der Alsteinstraße, den Frau Blenke angesprochen hat.

Stadtrat Hermann Ortlepp fragt nach dem Stand Ratsinformationssystem: erfolgte hier auch eine Verschiebung? Weiterhin spricht er den Zeitungsartikel an, wonach die Stadt einen Zuschuss für die Tränenvilla zahlen wolle. Wurde dies schon im Haushaltsplan berücksichtigt?

Zur Tränenvilla teilt Bürgermeister Eichler mit, dass der Eigenmittelanteil bezüglich Fördermittel im Haushaltsplan eingestellt wurde.

Zum Ratsinfo-System erwähnt Herr Heutling, dass das im 1. Entwurf mit vorgesehen war. Der Beschluss lautete damals „ab 2014 in Abhängigkeit von der Finanzlage“. Wie sich die Finanzlage darstellt, haben Frau Wendler und Herr Eichler erläutert. Aufgrund des Defizits, das in der 1. internen Runde der Haushaltsberatung noch bestand, wurde auch das Ratsinformationssystem verschoben. Zum derzeitigen Stand führt Herr Heutling aus, dass die Stadträte aufgefordert wurden, ihre Daten zu benennen, die bei Freischaltung des SessionNet veröffentlicht werden sollen. Wenn die Daten von allen Stadträten vorliegen, werde die Stadt mit der KID die Freischaltung für

das SessionNet in absehbarer Zeit vornehmen, so dass dann jeder die Einladungen und Protokolle im SessionNet verfolgen kann.

Stadtrat Ralf W. Neuzerling interessiert, welche Maßnahmen, außer die Drehleiter, noch gestrichen oder verschoben wurden. Oder gibt es da so eine Fülle von Kleinpositionen?

Dies bejahen **Amtsleiterin Wendler** und **Bürgermeister Eichler**. **Amtsleiterin Wendler** sehe sich fast jedes einzelne Konto an (Einzelfallbetrachtung). Als der Haushaltsplan eigentlich schon fertig war, musste dieser aufgrund der Änderungen des FAG komplett noch einmal überarbeitet werden.

Bürgermeister Eichler ergänzt, dass nicht nur Streichungen vorgenommen wurden, sondern es gibt auch Einnahmeerhöhungen. **Amtsleiterin Wendler** verweist auf die Seite 8 des Vorberichtes, wo kommentiert wurde, wie die Berechnung erfolgte, welche Zahlen bekannt waren, welche geschätzt werden mussten.

Stadtrat Hermann Ortlepp spricht die ab 2013 geplante Konzessionsabgabe für den Hafen an. Ist das auch eine geschätzte Zahl?

Bürgermeister Eichler antwortet, dass die Konzessionsabgabe noch nicht verbindlich ist, weil man noch nicht den Partner gefunden habe. Das werde nachher eine Verhandlungssache sein, die Stadt habe jetzt das eingestellt, was man so in etwa nehmen könnte. Derzeit erfolge die Ausschreibung. Es wird mehrere Bewerber geben, da europaweit ausgeschrieben werden muss. Im Januar, Februar werde der Zuschlag erteilt, dann werde man wissen, zu welchen Konditionen der Hafenbetrieb realisiert werden soll.

Stadträtin Regina Blenkle bittet Herrn Heutling, zum Stellenplan etwas zu sagen.

Beim Stellenplan gibt es im Wesentlichen, bis auf Erzieherinnen, keine Veränderungen, teilt **Herr Heutling** mit. Die Erzieherinnenstellen sind in Abhängigkeit des vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Schlüssels, in Abhängigkeit von den Kinderzahlen zu betrachten.

Stadträtin Regina Blenkle sehe, dass bei den Stellen, wo die Mitarbeiter/innen die Altersteilzeitregelung angenommen haben, reduziert wird und was ist mit den KW-Stellen?

Herr Heutling erwähnt, dass die betreffenden Mitarbeiter/innen schon in Altersteilzeit sind, d.h. sie befinden sich in der Freistellungsphase. Da die Stellen in der Regel wieder besetzt werden, wird in der Freistellungsphase eine Doppelbesetzung notwendig. Da die Mitarbeiter/innen, die sich in der Freistellungsphase befinden, nach Beendigung der Altersteilzeitfreistellungsphase ausscheiden, erhalten diese Stellen zum Ende der Freistellungsphase einen KW-Vermerk.

Stadträtin Regina Blenkle kommt auf die Kindertagesstätten zu sprechen. 2011 waren die Kindertagesstättenplätze zu 95 % ausgelastet. Ab nächstes Jahr soll es einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für 0- 3 Jährige und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung geben. Ist das schon berücksichtigt worden? Wie verändert sich dann die Situation im Bereich der Kinderbetreuung fiskalisch und personell?

Laut Aussagen des Landes soll der Ganztagsanspruch zu keiner Erhöhung der Ausgaben, Personalausgaben in den Kommunen führen, merkt **Bürgermeister Eichler** an. Es gehe hier um 30, 40 Mio. €, die das Land mehr aufbringen muss, um den Zuschuss an die jeweilige Kommune zu zahlen. Was die Stellen der Erzieherinnen anbelangt, sei zu sagen, dass die Stadt mit den jetzigen Erzieherinnen einen Standardvertrag, eine Art Hausvertrag über mindestens 33 Wochenstunden abgeschlossen habe und dieser kann jederzeit auf 40 Wochenstunden erhöht werden mit dem gleichen Bestand an Erzieherinnen. Zum Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz für 0 – 3 jährige Kinder erwähnt **Bürgermeister Eichler**, dass es bei uns schon immer einen Rechtsanspruch auf einen Kindergarten- und Kinderkrippenplatz gibt (sei mit dem Einigungsvertrag übernommen worden).

Dezernent Otto ergänzt, dass lediglich der Rechtsanspruch derzeit nur eingeschränkt für 5 Stunden am Tag gilt, wenn ein Elternteil zu Hause ist. Eingeführt werden soll der Rechtsanspruch für bis zu 10 Stunden am Tag unabhängig davon, ob die Eltern zu Hause sind oder nicht.

Die Kindertagesstätten sind zu 95 % ausgelastet. Was ist, wenn noch Kinder dazu kommen, denn die Stadt plant, größer zu werden, dass Zuzüge kommen, so **Stadträtin Regina Blenkle**.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher weist darauf hin, dass der Bürgermeister mitgeteilt habe, dass die Erzieherinnen derzeit ca. 33 Wochenstunden arbeiten und der Hausvertrag jederzeit auf 40 Wochenstunden abgeändert werden kann mit dem gleichen Bestand an Erzieherinnen.

Richtig sei, so **Dezernent Otto**, dass es in den Kindertagesstätten eine hohe Auslastung gibt, darüber wird im Sozialausschuss regelmäßig berichtet. Für die Kinder in der Stadt gibt es trotzdem derzeit ausreichend viele Plätze. Die Frage von Frau Blenkle würde sich nur dann stellen, wenn in den nächsten Jahren erheblich mehr Kinder zu verzeichnen wären. Zurzeit sei die Auslastung ziemlich stabil und konstant. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird sich das bis 2016 so fortsetzen. Im Jahr 2017 beginnen die Kinderzahlen zu sinken und im Jahr

2018 Folgende werde man aller Voraussicht nach einen erheblichen Einbruch haben, weil Anfang der 90er Jahre wenig Frauen geboren wurden, die jetzt Kinder bekommen könnten. Wenn Haldensleben nicht einen erheblichen Zuzug von jungen Leuten mit Kindern in den nächsten Jahren zu verzeichnen haben werde oder die jungen Leute plötzlich nicht 1 oder 2, sondern 3 oder 4 Kinder bekommen, dann stelle sich die Frage nicht. Was künftig problematisch werden könnte, wenn das Gesetz so greift, wäre, qualifiziertes Personal zu gewinnen. Die Stadt Halle habe zurzeit schon das Problem, die gesetzlichen Ansprüche nicht erfüllen zu können, nicht deshalb nicht, weil sie nicht genügend Kindergartenplätze haben, sondern sie haben nicht genügend Personal und finden es nicht. Darüber wurde auch im Sozialausschuss schon verschiedentlich gesprochen. In nächster Zeit werde man sich damit noch intensiver befassen müssen, aber das ist nichts, was man jetzt unmittelbar und schon gar nicht mit dem Haushalt beeinflussen könnte. Sollte die Frage dahin gehen, ob die Stadt neue Kindertagesstättenplätze baut, dann wäre das sicherlich sehr fragwürdig, weil die Stadt weiß, dass sie in wenigen Jahren wahrscheinlich erhebliche Überkapazitäten haben werde. Insofern sollten die vorhandenen Kapazitäten nicht noch ausgeweitet werden, sondern Haldensleben könne froh sein, eine möglichst gute Auslastung beizubehalten,

indem sie auch von außerhalb, d.h. von den umliegenden Gemeinden weiterhin den Zuspruch bekommt, wie es sich derzeit entwickelt.

Das Problem, qualifiziertes Personal zu erhalten, sehe Stadträtin Regina Blenkle schon seit ca. 1 ½ Jahren. Das Problem werde extrem zuspitzen. Laut Haustarifvertrag sind die Erzieherinnen derzeit nur mit 33 Wochenstunden beschäftigt und die Bezahlung der Erzieherinnen sei auch nicht besonders. Wenn sie sehe, wie oft Stellen-besetzungen gerade im Erzieherinnenbereich erfolgen, dann sei das schon eine Position, die perspektivisch im Haushalt mit eingebracht werden muss. Deutschlandweit werde man in den kommenden Jahren 450.000 bis 490.000 Erzieherinnen zu wenig haben; es gibt ein Programm der GEW und des Landes Sachsen-Anhalt, wo 9.000 Erzieherinnen bis zum Jahresende ausgebildet werden sollen. Inwieweit hat die Stadt an diesem Programm teilgenommen?

Bürgermeister Eichler erwähnt, dass die Erzieherinnen der Stadt Haldensleben an Weiterbildungen/Qualifizierungen teilnehmen. Die Stadt habe einen gesetzlichen Anspruch zu erfüllen und den erfüllt sie auch. Im Übrigen sei das kein Thema für den Wirtschafts- und Finanzausschuss, sondern für den Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschuss, wo so etwas auch im Detail diskutiert wird.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher fragt, ob es zum Stellenplan bzw. zum Haushaltsplan noch weitere Fragen gibt. Er weist darauf hin, dass nächste Woche noch eine Sitzung für den Haushaltsplan vorgesehen ist. Sollte es bis dahin weitere Fragen zum Haushaltsplan geben, können diese dann noch gestellt werden. Da es heute keine weiteren Fragen gibt, möchte er den TOP 4 schließen.

zu TOP 5 Mitteilungen

Der **TOP 5** und der **TOP 6** entfallen, es liegen im öffentlichen Teil keine Mitteilungen vor und es werden auch keine Anfragen gestellt bzw. Anregungen gegeben.

zu TOP 6 Anfragen und Anregungen

Der **TOP 5** und der **TOP 6** entfallen, es liegen im öffentlichen Teil keine Mitteilungen vor und es werden auch keine Anfragen gestellt bzw. Anregungen gegeben.

Mario Schumacher
Ortsbürgermeister

Protokollführer